



# Rathaus-Report

September/Oktober\_2007

## Volksentscheid gescheitert

Der Volksentscheid „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ ist an der mangelnden Beteiligung der Hamburger gescheitert. Nur rund 40 Prozent nahmen an der Abstimmung teil. Dennoch stärkt das klare Ergebnis die Volksgesetzgebung. Die Initiatoren des Volksentscheids von „Mehr Demokratie“ schließen einen erneuten Versuch nicht aus.

GAL und SPD wollen mögliche rechtliche Fehler im Verfahren untersuchen. „Wir wollen prüfen, wie viele Hamburger die Wahlunterlagen nicht bekommen haben, ob der Gesetzentwurf hätte direkt mit versandt werden müssen und ob die Auszählung der Stimmen über eine Privatfirma rechtlich in Ordnung war“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **ANDREAS DRESSEL**.

Eine Zweidrittel-Mehrheit der Abstimmenden hätte der vom Volksentscheid vorgesehenen Verfassungsänderung zustimmen müssen, mindestens jedoch 607.468 Hamburger. Es beteiligten sich insgesamt aber nur 492.864 Wahlberechtigte an der Abstimmung. 92.151 gaben in einer der 201 Abstimmungsstellen am 14. Okto-

ber persönlich die Stimme ab. 400.713 nutzen die Möglichkeit einer Abstimmung per Brief.

Ziel des Volksentscheids war es, die Volksgesetzgebung für Senat und Bürgerschaft künftig verbindlich zu machen. Zuletzt hatte die Union beim Wahlrecht und beim Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser das Votum der Wähler klar ignoriert. Außerdem wollten die Initiatoren, unterstützt von SPD, GAL und Gewerkschaften, die Hürden für einen erfolgreichen Volksentscheid absenken.

### Votum für direkte Demokratie

Die Abstimmung fand jedoch unter erschwerten Bedingungen statt. Die regierende CDU hatte den Termin so gewählt, dass erstmals ein Volksentscheid nicht auf einen Wahltag fiel. Dies trieb nicht nur die Kosten auf 3,3 Millionen Euro in die Höhe, sondern machte ein Erreichen des Mindestquorums unwahrscheinlich. Zudem fand die Abstimmung am ersten Wochenende der Herbstferien statt.

Im Vorwege des Volksentscheids lieferten sich CDU, SPD und GAL denn auch eine heftige Auseinandersetzung um den Umgang mit

## Inhalt

Titel: Volksentscheid gescheitert	1
Aktuelles: PUA ruft Zeugen – Baustelle Pflege	2-3
Position: Andreas Dressel im Interview	4
Aus der Bürgerschaft: Wachsende Kinderarmut – Gesetzentwurf in der Kritik – Ausgrenzung droht – Teures Gutachten	5-6
Hintergrund: Boomtown Hamburg?	7
Dialog: Seniorenforum der Fraktion – Randnotiz – Termine	8

### Herausgeber:

Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst  
Redaktion: Kathrin Flor, Christoph Holstein  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25  
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35  
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de  
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de

der Abstimmung. Die CDU sprach von „einflussreichen Drahtziehern“ und forderte mit populistischen Sprüchen wie „Retten Sie die Verfassung“ oder „Die Stadt wäre gelähmt“ die Hamburger auf, gegen den Volksentscheid zu stimmen. SPD-Innenexperte Dressel warf der Union eine „demagogischen Kampagne gegen die direkte Demokratie in dieser Stadt“ und unredliche Argumente vor. „Eines wurde auf geradezu entlarvende Weise deutlich - die CDU hat Angst vor dem Volk“, so die verfassungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **BARBARA DUDEN**.

Und diese Angst scheint nicht unberechtigt. Nach den bisher ausgezählten Stimmen wird eine überdeutliche Mehrheit der Hamburger mit Ja gestimmt haben. Eine Zweidrittel-Mehrheit wäre bei einer ausreichenden Stimmzahl durchaus wahrscheinlich gewesen. Bestätigt sich dieser Trend, haben auch CDU-Wähler den Umgang des Senats mit den Volksentscheiden in der Vergangenheit abgestraft. „Es wird ein klares Votum für die direkte Demokratie geben. Wenn die CDU glaubt, dass sie das Thema von der Tagesordnung streichen kann, hat sie sich geirrt“, so Dressel.

Das endgültige Ergebnis der Abstimmung wird am 30. Oktober bekannt gegeben. Danach will sich auch die Initiative „Mehr Demokratie“ zu einer möglichen Wiederholung äußern. Ein denkbarer Termin für einen neuen Anlauf wäre die Bundestagswahl im Herbst 2009. „Es geht um eine Kernfrage der Demokratie – um die Frage, welche Wirkung eine demokratisch gefasste Mehrheitsentscheidung auf Politik und Verwaltung hat“, sagte **MICHAEL NEUMANN**, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

## PRESSESPIEGEL

„Dass sich 40 Prozent eines Wahlvolks, das angeblich verblödet und des Lesens anspruchsvoller Texte unfähig ist, die Mühe machen, ist aller Ehren wert. Volksentscheide regelmäßig zu kassieren, heißt, diese Leute zu verhöhnen. Auf Dauer kann das nicht gut gehen.“ taz vom 16. Oktober 2007

„Sieger ist der Bürgermeister, der das Nein zum Volksentscheid zu einer sehr persönlichen Sache gemacht hat.“ Hamburger Abendblatt vom 16. Oktober 2007

„Das Scheitern des Volksentscheids ist in Wahrheit ein Scheitern aktiver Demokratie.“ Hamburger Morgenpost vom 15. Oktober 2007

„Vertan die Chance, bei wichtigen Entscheidungen als Souverän ohne den Umweg über die Bürgerschaft und Senat Fakten zu schaffen.“ Kieler Nachrichten vom 15. Oktober 2007

„Vernünftiger wäre es für alle, mit dem Ergebnis vom Sonntag zu leben – und sich auf einen sachlichen Wahlkampf zu konzentrieren.“ Die Welt vom 16. Oktober 2007

„Zahlreiche Projekte der CDU werden vier Monate vor der Bürgerschaftswahl auf die lange Bank geschoben. Debatten über heikle Projekte sollen den Wahlkampf nicht überschatten.“ Welt am Sonntag vom 14. Oktober 2007

„Die SPD hat zu wenig Stimmen und zu viele, die durcheinander singen.“ Handelsblatt vom 18. Oktober 2007

„Wer glaubte, die Wahl sei angesichts der am Boden liegenden SPD schon entschieden, wird eines Besseren belehrt.“ Hamburger Abendblatt vom 17. September 2007

„Die Ausgangslage fünf Monate vor der Bürgerschaftswahl ist unübersichtlich. Es gibt keine klare Tendenz.“ taz vom 17. September 2007

„Die Wahl wird nicht das langweilige Austarieren zwischen Bekanntem, sondern sie wird zur Richtungswahl.“ Hamburger Abendblatt vom 22. September 2007

## PUA ruft Zeugen

Ex-Innensenator Ronald Schill ist aus dem südamerikanischen Exil aufgetaucht. Damit stellt er das Ende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße wieder in Frage.

An sich hatte der PUA seine Arbeit bereits abgeschlossen. Zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft Anfang November wäre der PUA auch offiziell beendet worden. Doch nun hat die SPD-Fraktion die Vorladung von Schill beantragt. Seit über einem Jahr war das Vorhaben daran gescheitert, dass keine ladungsfähige Adresse von Ronald Schill existierte. „Wir haben doch nicht mehr als ein Jahr weltweit nach Schill gefahndet, um ihn uns durch die Lapfen gehen zu lassen“, sagte SPD-Obmann **THOMAS BÖWER**. Der Grund für Schills Rückkehr ist die Beantragung eines neuen Reisepasses.

Die CDU hatte ihre Bewertung über die Arbeit des PUA bereits abgegeben. Böwer hatte seinem CDU-Pendant Kai Voet van Vormizeele daraufhin einen „ideologisch bedingten Tunnelblick“ attestiert. „Die CDU wird es auch im Vollwaschgang nicht schaffen, die Weste der Sozialsenatorin sauber zu kriegen“, sagte Böwer. Die SPD-Fraktion werde sich bei der Vorstellung ihres Minderheitenvotums detailliert mit den Behauptungen der CDU beschäftigen.

Der PUA Feuerbergstraße habe in seiner Arbeit „reihenweise Rechtsbrüche“ beim Betrieb der Einrichtung aufgedeckt. Darüber hinaus seien massive Planungs- und Organisationsfehler ans Tageslicht gekommen - etwa was die Auslastung und die Kosten der Einrichtung angeht. Auch habe sich herausge-

stellt, dass eine erfolversprechende Umsetzung des pädagogischen Konzeptes unter den gegebenen Rahmenbedingungen von Anfang an unmöglich war. „Wer – wie die CDU – vor diesem Hintergrund von Anfangsschwierigkeiten spricht und ernsthaft behauptet, die verantwortliche Senatorin Schnieber-Jastram habe sich intensiv um die Arbeit der Einrichtung gekümmert, leugnet die Realität“, so Böwer.

In der Bürgerschaftsdebatte über den Abschlussbericht des zweiten Untersuchungsausschusses zur Protokoll-Affäre hat die SPD-Fraktion ihre Vorwürfe gegen Senat und CDU bekräftigt. „Die Protokoll-Affäre ist und bleibt ein Polit-Skandal des CDU-Senats“, sagte der SPD-Obmann im PUA, **ANDREAS DRESSEL**. Der CDU sei es über Monate hinweg allein darum gegangen, dem Senat einen Persil-Schein auszustellen. „Das ist gründlich daneben gegangen.“

## Baustelle Pflege

Die SPD-Fraktion hat Vorschläge zur Verbesserung der Pflegesituation in Hamburg vorgelegt. Die Sozialdemokraten wollen unter anderem eine stärkere Qualitätskontrolle und bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal.

Dem CDU-Senat hat die SPD-Fraktion schwere Versäumnisse beim Thema Pflege vorgeworfen. „Der Beust-Senat hat es in den vergangenen sechs Jahren versäumt, die bestehenden Chancen für mehr und bessere Pflegequalität in Hamburg zu nutzen“, sagte der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, **DIRK KIENSCHERF**. Wie beim Verkauf der Krankenhäuser hat sich der Senat mit dem Verlauf der städtischen Pflegeheime und dem Ausstieg aus

der Förderung von Heimneubauten bewusst auch aus diesem Bereich der Daseinsvorsorge zurückgezogen. Der Senat habe in seiner Planung den Grundsatz festgeschrieben, der Markt allein werde es richten. „Das war eine tragische Fehleinschätzung, für die viele Pflegebedürftige heute den Preis bezahlen müssen“, so Kienschurf.

Nach der Übertragung der Zuständigkeit des Heimrechts vom Bund auf die Länder trägt der Senat jetzt die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege. Dieses bedeutet, dass Hamburg verbindliche Mindestanforderungen für die Pflege festlegen muss. Dazu zählten auch eine Quote für Einzelzimmer und die Zahl von Fachkräften, forderte Kienschurf. „Wir benötigen schnellstmöglich ein Heimgesetz, das für klare Verhältnisse sorgt.“

In Pflegeheimen sollen nach Auffassung der Sozialdemokraten Einzelzimmer zum Regelfall werden. Es sollen Befragungen zur Wohnsituation, zur Betreuung, zum Essen und zu Freizeitangeboten stattfinden. In Einrichtungen der Kurzzeit- und Tagespflege sollen neue gesetzliche Bestimmungen die Schutzbedürfnisse aller zu Pflegenden in den Mittelpunkt stellen. Zwar gebe es in Hamburg viele Pflegeheime, in denen qualitativ hochwertig gearbeitet wird, betonte SPD-Sozialpolitikerin **PETRA BRINKMANN**. „Aber auch dort gibt es Überlastung des Personals. Wir wollen die Arbeitsbedingungen verbessern und damit die Qualität der Pflege.“ Brinkmann warnte Senatorin Birgit Schnieber-Jastram davor, die Veränderung des Heimgesetzes auf die lange Bank zu schieben. „Es muss unser Ziel sein, die Situation aller Menschen in der Pflege zu verbessern.“

## NEWS

### Millionengrab U4

Die Entscheidung des Senats für eine Anbindung der HafenCity durch die U4 bleibt aus Sicht der SPD-Fraktion falsch. „Trotz der Zusage des Bundes für eine Beteiligung an der Finanzierung wird die U-Bahn zum Millionengrab für Hamburg. Es gebe wesentlich kostengünstigere Lösungen“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin, Karin Timmermann. Der Bund wird 126 Millionen Euro zu dem 300 Millionen Euro teuren Projekt beisteuern.

### Dauerbrenner Kriminalität

Nach Rückgängen in den vergangenen Jahren steigt die Zahl der Straftaten in Hamburg wieder an. Die Bilanz nach einem Dreivierteljahr weist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Zunahme von drei Prozent auf. „Der negative Trend für 2007 hält an und die Zahl der Polizisten schrumpft – eine ungute Entwicklung“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Dressel.

### Schwundfaktor Eigenkapital

SPD-Haushaltsexperte Walter Zuckerer hat Kritik an der Haushaltspolitik des Senats geübt. Trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe sei das Eigenkapital der Stadt deutlich geschrumpft – nach Angaben des Senats von vier auf 2,7 Milliarden Euro.

### Hoffnungsträger Arbeitsmarkt

Ende September gab es in Hamburg 77.229 Arbeitslose – ein Minus von 16,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosenquote lag bei 8,7 Prozent. 35,7 Prozent der Jobsuchenden sind Langzeitarbeitslose. „Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hamburg wie auf Bundesebene ist erfreulich“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion, Hans-Christoff Dees. Doch Hamburg müsse im Vergleich zu anderen Städten mehr tun für den Abbau der Arbeitslosigkeit.

## AUS DER FRAKTION

**JAN QUAST** beteiligte sich am 20. September an einer Podiumsdiskussion zum Thema soziale Stadtteilentwicklung auf dem Dulsberg.

**DIRK KIENSCHERF** wurde am 30. September Vater. Das Baby war nach der Geburt wohl auf, wog 3950 Gramm und maß 59 Zentimeter.

**ANDREA HILGERS** hat die SPD-Fraktion zum 30. September wegen eines beruflichen Wechsels nach Braunschweig verlassen. Nachrücker ist **JÜRGEN SCHÜSSLER**. Die Funktion der jugendpolitischen Sprecherin übernahm **CAROLA VEIT**.

**MICHAEL NEUMANN** besuchte eine Reihe von Polizeikommissariaten, zuletzt die Kommissariate 35 und 36 am 1. Oktober.

**UWE GRUND** nahm am 6. Oktober an der 100-Jahr-Feier der Freiwilligen Feuerwehr Lurup teil.

**JAN QUAST** war am 8. Oktober bei der Podiumsdiskussion zu den „Perspektiven der Hamburger Wohnungspolitik“ in der Handwerkskammer.

**GÜNTER FRANK** sprach am 11. Oktober im Rahmen der Reihe „Fraktion im Dialog“ im Bürgersaal des Rathauses mit Hamburger Trägern von Projekten des Europäischen Sozialfonds.

**MONIKA SCHAAL** beteiligte sich am 11. Oktober an einem Seminar des Zentrums für Meeres- und Klimaforschung zum Klimaschutz.

**BRITTA ERNST** besuchte am 13. Oktober das Sommerfest des Gehörlosenverbandes in Altona.

**GESINE DRÄGER** begrüßte am 17. Oktober gemeinsam mit den Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten Betriebs- und Personalräte zu einer Diskussion über Mindestlöhne im Kaisersaal des Rathauses.

**INGO EGLOFF** hielt am 23. Oktober einen Vortrag beim Landesbund der Naturfreunde.



## „Keine Stimme war umsonst“

### Innenpolitiker Andreas Dressel im Interview

*Herr Dressel, die Innenpolitik steht vier Monate vor der Bürgerschaftswahl im Zentrum der politischen Auseinandersetzung...*

... Kein Wunder. Wir haben in Hamburg wieder steigende Kriminalitätszahlen. Wir erleben schockierende Gewalt auf der Straße. Und der Innensenator hat auf einen Job im Münchener CSU-Kabinett spekuliert, statt sich um seine Aufgaben in Hamburg zu kümmern. Das kommt nicht gut an - weder bei den Bürgern noch bei Polizei und Feuerwehr.

*Was sind Innensenator Nagels größte Fehler?*

Er wollte viele Probleme gleichzeitig aussitzen. Bei der Bekämpfung der Jugendgewalt warten wir immer noch auf ein Konzept. Bei der Frage Sicherheit auf dem Kiez hat er gehofft, mit ein paar Videokameras werde alles gut. Das Gegenteil ist der Fall. Und jetzt gibt es auch noch beunruhigende Verkehrsunfall-Zahlen.

*Nach außen gibt Nagel den lockeren Charmeur...*

Aber in den Wachen ist die Stimmung spürbar anders geworden. Hamburgs Polizei schrumpft, beim Objektschutz gibt es dramatische Engpässe und nun zeigt sich, dass der Personalzuwachs vergangener Jahre nicht vor Ort, sondern vor allem in der Chefetage des Polizeipräsidiums angekommen ist. Der alte CDU-Slogan „Polizisten weg vom Schreibtisch, rauf auf die Straße“ wurde quasi umgedreht. Ärger mit seinem Personal hat Nagel auch bei der Feuerwehr - wegen des familienunfreundlichen Dienstzeitmodells. Feuerwehr und Polizei wissen mittlerweile, dass sie von der angeblichen Sicherheitspartei CDU nichts Positives zu erwarten haben.

*Anderes Thema: Der Volksentscheid – war all die Arbeit für die Katz?*

Nein. Keine Stimme war umsonst. Wir werden bei der Frage der Verbindlichkeit von Volksentscheiden ein Votum bekommen, an dem der Hamburger Senat nicht vorbei kann. Für uns ist das Auftrag und Verpflichtung - für CDU, Senat und Bürgermeister von Beust eine ordentliche Klatsche. Von Beust misstraut dem Volk – das ist die Aussage für die nächsten Monate.

## Fraktion vor Ort: Billstedt

Die SPD-Fraktion tagte im Rahmen ihrer Reihe „Fraktion vor Ort“ am 8. Oktober im Billstedter Kulturpalast. Dörte Inselmann, Geschäftsführerin des Kulturpalastes im Wasserwerk, berichtete von ihrer Arbeit und diskutierte mit den Abgeordneten das Thema „Stadtteilentwicklung durch Kultur“.

Zuvor hatten einige Abgeordnete mit Fraktionschef Michael Neumann ein ganztätiges Besuchsprogramm in Billstedt und Mümmelmannsberg absolviert. Auf dem Programm standen das Kinderhaus Mümmelmaus, die Bücherhalle Mümmelmannsberg, das Altpföfeld Kirchsteinbek und das Job-Center Billstedt. Den Abschluss bildete ein Multiplikatorenabend mit Stadtteilaktiven in der Pumphalle des Kulturpalastes.

## Wachsende Kinderarmut

Die SPD-Fraktion hat Korrekturen in der Kinder- und Familienpolitik des Senats angemahnt. „Hamburg ist im Vergleich zu anderen Bundesländern allenfalls Mittelmaß“, sagte die familien- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, CAROLA VEIT. „Den Familien geht es unter dem CDU-Senat schlechter.“

Der „Familienatlas“ der Bundesregierung kommt teilweise zu traurigen Ergebnissen für Hamburg. Bei der durchschnittlichen Klassengröße in der Grundschule erreicht die Hansestadt den 436. Rang von 439 Regionen. Das Gleiche gilt für den Bereich „Wohnqualität“. Nicht einmal im Bereich „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ landet Hamburg auf einem vorderen Platz – Platz 119 von 439. „Das kommt dabei heraus, wenn der Senat beim Ausbau der Kita-Plätze gleichzeitig die Qualität der Betreuung in den Kitas senkt“, so Veit.

Die Familienpolitikerin forderte Korrekturen der Senatspolitik: Ganztagsplätze für alle Kinder, die einer Betreuung bedürfen, den Einstieg in die Beitragsfreiheit und die Abschaffung des Gebühren-Inkasso bei Hamburgs Familien sowie bessere Voraussetzungen für frühkindliche Bildung. „Die Hamburger Familienpolitik ist in erster Linie ein Förderprogramm für die Gemeinden im Speckgürtel. Denn da ziehen die jungen Familien hin“, sagte Veit.

SPD-Sozialpolitiker UWE GRUND beklagte die massive Verschlechterung der Lebenschancen von Kindern aus armen Familien. „In Hamburg ist die Kinderarmut doppelt so hoch wie im Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Inzwischen wächst fast jedes vierte Kind in Ar-

mut auf“, sagte Grund. Kinderarmut sei eine Schande für Hamburg.

Aber statt den Teufelskreis der oft von Generation zu Generation weiter vererbten Armut zu durchbrechen, mache der Senat das Gegenteil: „Die Hürden für Kinder aus ärmeren Schichten werden immer höher gelegt“, so Grund. Der Sozialpolitiker forderte einen Armutsbericht, der auch auf die Situation in den Stadtteilen eingeht.

## Gesetzentwurf in der Kritik

Heftige Kritik haben Experten und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries am Entwurf des Senats für ein neues Strafvollzugsgesetz geübt. Die SPD-Fraktion forderte Justizsenator Carsten Lüdemann auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und grundlegend zu überarbeiten.

„Beim Strafvollzug geht es um einen sensiblen Kernbereich staatlicher Hoheitsgewalt. Verfassungsrechtliche Risiken sind hier nicht zu akzeptieren“, sagte der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, ROLF-DIETER KLOOß. Selbst die von der CDU benannten Experten hätten in der Sachverständigen-Anhörung des Rechtsausschusses teilweise erheblichen Änderungsbedarf gesehen.

Der Senat will den Erwachsenen- und den Jugendvollzug in einem Gesetz zusammenzufassen. Gleichzeitig soll der Verwahrvollzug gestärkt werden. Der Senat setze mit seinem Gesetz seinen Alleingang in der Justizpolitik fort, warnte Klooß. Die Zersplitterung des Strafvollzugsrechts in Deutschland werde weiter vorangetrieben.

„Das Gesetz, das vorgelegt wurde, erfüllt meiner Meinung nach die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nur am unteren Rand. Der

### INITIATIVEN

#### Zügig handeln

Die SPD-Fraktion hat die zügige Einführung eines Fahrrad-Verleihsystems gefordert. „Der Senat eiert bislang nur herum und vertröstet die Hamburger auf 2009“, sagte Karin Timmermann, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion. Bereits zur Fußball-WM hatte die Bahn ein Verleihsystem angeboten. Dies hatte der Senat abgelehnt.

#### Ernst nehmen

Zu einer deutlichen Stärkung der Bewährungshilfe hat die SPD-Fraktion den Senat aufgefordert. Von knapp 40 Bewährungshelfer-Stellen im Jahre 2001 sind nur noch gut 31 verblieben. Gleichzeitig stieg die Zahl der Betreuten von 3.182 auf 3.728. „Mit einer so schlechten personellen Ausstattung tritt der Senat den Opferschutzgedanken mit Füßen“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Dressel.

#### Aufrecht erhalten

Die SPD-Fraktion hat die für 2008 geplante Zusammenlegung der AIDS-Beratungsstelle am Bernhard-Nocht-Institut mit der Zentralen Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten in Altona kritisiert. „Das ist de facto das Aus für das Beratungsangebot am Institut - in Zeiten steigender HIV-Neuinfektionen bei Homosexuellen völlig unverständlich“, so Lutz Kretschmann-Johannsen, Fachsprecher für Lesben und Schwule.

#### Näher bringen

SPD-Sozialpolitikerin Petra Brinkmann hat sich für eine internet-basierte Platzbörse zum Freiwilligen-Engagement ausgesprochen. Es gebe in Hamburg eine große Bereitschaft zum freiwilligen Einsatz, aber große Probleme bei der Vermittlung entsprechender Stellen.





## HIGHLIGHTS

„Nach den Erfahrungen um den Verkauf des LBK haben sich viele Menschen offenbar nicht am Volksentscheid beteiligt, weil sie annahmen, ihr Votum bedeute den Verantwortlichen ja eh nichts. Das ist ein schwerer Schaden für die Demokratie, den die CDU zu verantworten hat.“ INGO EGLOFF (SPD)

„Tatsache ist und bleibt, dass das Mindestquorum bei Weitem verfehlt wurde.“ BERND REINERT (CDU)

„Direkte Demokratie ist für die CDU Teufelszeug.“ ANDREAS DRESSEL (SPD)

„Ich glaube nicht, dass die Menschen die Volksgesetzgebung zum Wahlkampfthema machen werden, denn sie haben dringendere Sorgen.“ KAI VOET VAN VORMIZEELE (CDU)

„Wir werden die eklatanten Pannen des Volksentscheids aufarbeiten müssen.“ FARID MÜLLER (GAL)

„Generell ist es richtig, dass ich fünf Monate vor der Wahl kein Interesse an konfliktträchtigen Themen habe.“ OLE VON BEUST (CDU)

„Dieser Senat setzt vor allem auf Glanz und Glamour. An fundierter Politik fehlt es.“ CHRISTA GOETSCH (GAL)

„Wir nehmen die Zukunftssicherung unserer Stadt ernst.“ JÖRG DRÄGER (PARTEILOS)

„Die soziale Balance ist in Gefahr.“ UWE GRUND (SPD)

„Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft haben in Hamburg alle Kinder die gleichen Chancen auf frühkindliche Bildung.“ BIRGIT SCHNIEBER-JASTRAM (CDU)

„Niemand, der sich in Sachen Bildung oder Kinderarmut auskennt, unterschreibt der Senatorin diesen Satz. Sie leidet an völligem Realitätsverlust.“ CAROLA VEIT (SPD)

„Für zielgerichtete Projekte ist es wichtig zu wissen, wo die Armut stattfindet.“ GUDRUN KÖNCKE (GAL)

„Bei Ihnen wurden Daten geliefert, wo Taten erforderlich waren.“ EGBERT VON FRANKENBERG (CDU)

Verwahrlozung ist in Hamburg immer wieder das Stichwort“, sagte Bundesministerin Zypries. Vor allem junge Straftäter sollten in die Lage versetzt werden, nach der Haft straffrei zu leben.

Die SPD-Fraktion hat zum Jugendstrafvollzug einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der auf einer gemeinsamen Initiative von neun unterschiedlich regierten Bundesländern beruht. Dieser stieß bei den Experten auf positive Resonanz.

## Ausgrenzung droht

SPD- und GAL-Fraktion haben sich gegen die vom Senat beschlossenen unterschiedlichen Zeugnisse in den Integrationsklassen ausgesprochen. „Wir stehen an der Seite der Eltern, die diese Veränderung der Zensurierung nicht wollen“, sagte der schulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, WILFRIED BUSS.

Die Oppositionsfraktionen hatten eine Änderung des Schulgesetzes beantragt, die die von der CDU gewünschte Einführung von Notenzeugnissen auch in Integrationsklassen wieder aufhebt. Grundschulen mit Integrationsklassen sollen nach dem Willen der CDU in den dritten und vierten Klassen Notenzeugnisse ausstellen, während behinderte Kinder in den gleichen Klassen weiterhin Berichtszeugnisse bekommen sollen. „Es gibt keine pädagogisch tragfähigen Argumente für unterschiedliche Zeugnisse. Mit diesem Schritt würde lediglich die seit über 20 Jahren bewährte Arbeit in den Integrationsklassen zunichte gemacht“, sagte Buss.

Auch die Behinderten-Beauftragte der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer, hat sich kritisch zu den Plänen des Hamburger Senats geäußert. „Wenn man den Integrati-

onsansatz ernst meint, muss man sich auf einen Standard einigen.“

Die CDU hatte 2006 bei der Änderung des Schulgesetzes den betroffenen Eltern versichert, es werde durch „geeignete Maßnahmen“ die Möglichkeit der Berichtszeugnisse für alle erhalten. Dies ist nicht geschehen. „Das zeigt auf erschütternde Weise das fehlende Gespür des Senats für eine konsequente Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“, kritisierte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, DIRK KIENSCHERF.

## Teures Gutachten

SPD-Fraktionschef Michael Neumann hat die Wissenschaftsbehörde aufgefordert, das so genannte „Talentstadt-Gutachten“ zu veröffentlichen. Angesichts der Kosten von fast 240.000 Euro für das Gutachten drängten sich Fragen auf.

Der Auftrag für das Gutachten zur Talentstadt Hamburg war an den ehemaligen Arbeitgeber von Wissenschaftssenator Jörg Dräger ohne Ausschreibung gegangen. Dräger hatte die umstrittene Studie offenbar angefordert, um sich im Streit um die Zuständigkeit für Luftfahrt, Medien und Logistik einen Vorteil gegenüber Wirtschaftssenator Gunnar Uldall zu verschaffen. Dieser hatte die Aufwertung der Dräger-Behörde durch einen Kompetenzzuwachs gestoppt.

In einem internen Papier der Wirtschaftsbehörde wird die Qualität des Gutachtens heftig kritisiert. Dazu Neumann: „Volle Schulklassen, Bildungsgebühren, überfüllte Hörsäle: Ein Gutachten über die Talentstadt ist überflüssig, wenn man sich den Umgang des Senats mit den Talenten von morgen ansieht.“

## Boomtown Hamburg?

Eine gemischte Bilanz ziehen der „Monitor Wachsende Stadt“ von Hamburger Behörden und Statistischem Landesamt sowie das Städteranking der „Wirtschaftswoche“ und der „Neuen Initiative Soziale Marktwirtschaft“ für die Entwicklung Hamburgs. „Der Monitor fasst viele und zum Teil nützliche Zahlen zusammen. Doch bei aller bisher erfolgten Rosinen-Pickerei sollten wir nicht übersehen, dass selbst die Zahlen des Senats auf Defizite in dessen Politik hindeuten“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, JAN QUAST.

Hamburgs Wirtschaft wächst, die Produktivität ist hoch, die Arbeitslosigkeit nimmt ab, die Bevölkerung legt nach wie vor ein wenig zu, die Touristen kommen in Scharen - Indikatoren, die für die Hansestadt als Boomtown sprechen. Hinzu kommt, dass sich die Hamburger stark mit ihrer Hansestadt identifizieren. Doch es fehlt der rechte Schwung, um wirklich an die Spitze zu kommen, und die Nachhaltigkeit der Entwicklung ist keineswegs abgesichert.

Im Wirtschaftsvergleich der 50 wichtigsten deutschen Städte schafft es Hamburg in diesem Jahr auf den zwölften Rang und rutscht damit um einen Platz nach unten. Zwar bestätigt die Studie das positive Wirtschaftswachstum und die Produktivität der Stadt, die auch der „Monitor Wachsende Stadt“ hervorhebt, doch landet Hamburg bei der Arbeitsplatzversorgung und den Arbeitslosengeld-II-Empfängern auf dem unteren Rang 27. Beim Einkom-

mensanstieg sowie der Altersbeschäftigtenquote sind es gar nur Rang 30 und 42.

Uneins sind sich die beiden Studien bei der Bewertung der Finanzlage. Während der Monitor allein die sinkende Neuverschuldung betrachtet und diese als positiven Indikator für die Gesamtlage nimmt, bescheinigt das Städteranking Hamburg ein fehlendes Kostenbewusstsein und stuft die Hansestadt auf Rang 39 von 50 ein.

Kritisch sieht der „Monitor Wachsende Stadt“ die Entwicklung im Bildungsbereich. So verließen mit 11,5 Prozent im Großstadtvergleich überdurchschnittlich viele Jugendliche die Hauptschule ohne einen Abschluss, unter den Migranten sind es gar rund 20 Prozent. Zudem sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Hamburg unterdurchschnittlich mit Rang 12 unter den 16 Bundesländern. Und die Studienzeiten sind zu lang. „Während der Mangel an Hoch-



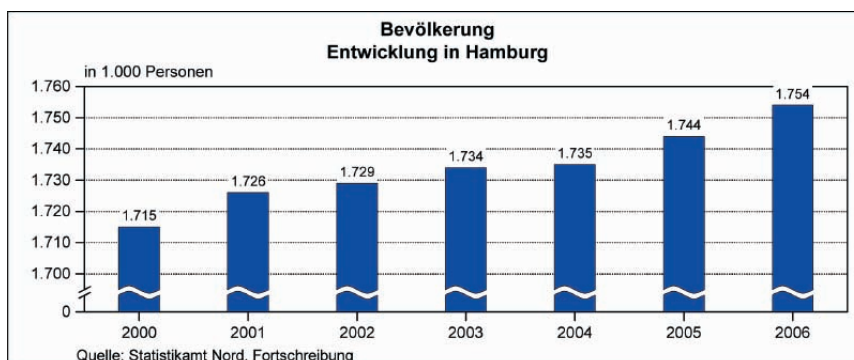
An der Familienfreundlichkeit fehlt es Hamburg noch für ein echtes Wachstum.

schulabsolventen offensichtlich wird, hat der CDU-Senat ideologisch motiviert Studiengebühren eingeführt“, kritisierte Quast.

Verbesserungsbedarf weist der Monitor auch bei der Familienfreundlichkeit aus. So stieg zwar die Bevölkerungszahl leicht an, doch die Zahl der Haushalte mit Kindern stagniert. Eine mögliche Ursache könnten der fehlende Wohnungsneubau und die Mietpreisentwicklung sein. Beim Erstbezug lässt Hamburg in der Tabelle der Großstädte nur noch Stuttgart und München hinter sich. „Längerfristig sind mehr Wohnungen nötig, um der Nachfrage gerecht zu werden“, so die Studie.

Es sei dem Senat noch immer nicht gelungen, preiswerten Wohnraum für junge Familien zur Verfügung zu stellen, kritisierte Quast. Zwar steige in Hamburg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten – „ehrlich wäre aber auch zu sagen, dass dieser Anstieg in erster Linie den Umlandbewohnern zugute kommt, die zum Arbeiten nach Hamburg kommen“.

Auf eine Gesamteinschätzung verzichtet der „Monitor Wachsende Stadt“ leider. Die Studie steht im Internet unter [www.wachsende-stadt.hamburg.de](http://www.wachsende-stadt.hamburg.de) als pdf zur Verfügung, das Städteranking unter [www.insm-wiwo-staedteranking.de](http://www.insm-wiwo-staedteranking.de).

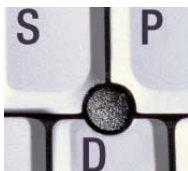




### RANDNOTIZ

Wäre es nicht zu traurig, um wahr zu sein, hätte uns der CDU-Senat in den vergangenen Wochen einige echte Possen für die Lachmuskeln geliefert. Erst will die Schulsenatorin die angeschlagene Finanzlage der Hamburger Bildungsstätten durch Werbung aufpeppen - vom Blankeneser Armani-Gymnasium bis zur Barmbeker McDonald's-Grundschule. Und dann verschickt das Arbeitsamt anstelle von Jobangeboten 3000 Psycho-Fragebögen an Arbeitslose. Was sollen diese wohl antworten? Oh, mir geht es bestens. Danke der Nachfrage. Ich fühle mich hochmotiviert, gesellschaftlich akzeptiert und vom Senat voll gefördert? Wie gesagt, wenn es nicht so traurig wäre.

Doch die Krönung im Verlust an Bodenhaftung ist der mit Stolz präsentierte Luxusweg zur Elbphilharmonie. 16 Millionen Euro für 430 Meter - dafür ließen sich viele Kilometer Radweg sanieren und so manche Hamburger Schmutzdecke aufpeppen. Aber gut, das ist dann wohl kleinliches Denken. Prachtige Philharmonie, neues Wahrzeichen, finanzkräftige Besucher - da sollte der abendliche Spazierweg schon mindestens vergoldet und gut ausgeleuchtet sein. Aber bitte mit Designerlampen. Bleibt dann nur noch zu hoffen, dass das wunderbare, architektonisch stimmige Gesamtbild nicht durch Obdachlose oder osteuropäische Bettlerbanden gestört wird. Und was passiert, wenn der Stadt angesichts wachsendem Größenwahns eines Tages das Geld für die Reparatur der Designer-Beleuchtung ausgeht? Dann bekommen wir vielleicht doch noch die Coca-Cola-Schule.



## Seniorenforum der Fraktion

Die SPD-Fraktion hat eine positive Bilanz des dritten Seniorenforums im Rathaus gezogen. „Wir werden die Interessen der älteren Menschen in Hamburg verstärkt in den Fokus unserer Arbeit nehmen“, sagte Fraktionschef MICHAEL NEUMANN. Rund 80 Senioren im Rathaus hatten am 5. Oktober vier Stunden lang über Politik für ältere Menschen diskutiert. Dabei ging es unter anderem um Wohnformen, die Pflege, das Ehrenamt, den Wirtschaftsfaktor Alter und die Auswirkungen des neuen Wahlrechts.

Die SPD werde sich künftig verstärkt mit dem Thema „Wohngemeinschaften für Senioren“ beschäftigen, kündigte Fraktionschef Neumann an. Es sei unverständlich, dass es in Berlin über 150 Wohngemeinschaften älterer Menschen gebe, in Hamburg aber nur eine Handvoll.

Zuvor hatten Teilnehmer des Forums vor dem Trend gewarnt, ältere Menschen zu schnell in die Obhut anderer zu geben und ihre Eigenverantwortlichkeit ungewollt einzuschränken. „Ältere Menschen können mehr, als jüngere Menschen glauben - man muss sie aber auch machen lassen“, so Neumann.

Ferner plädierten die Teilnehmer der Seniorenkonferenz dafür, die Freiwilligenarbeit auch in den Lebensbereichen älterer Menschen zu verstärken. „Junge Freiwillige können nicht den Job von Pflegekräften übernehmen“, unterstrich SPD-Sozialpolitikerin PETRA BRINKMANN. „Aber sie können bei der Betreuung die Pflegekräfte entlasten.“

SPD-Spitzenkandidat Michael Naumann forderte unter anderem den behinderten- und seniorenge-rechten Umbau staatlicher Einrichtungen. „Die Politik hat die Interessen älterer Menschen zu lange an den Rand gedrängt“, sagte Naumann. Das sei ein Fehler - nicht zuletzt da ältere Menschen bald einen noch größeren Teil der Gesellschaft ausmachen würden als heute.

### Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den Email-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

### Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Hamburger Rathaus (3. Stock)  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Tel.: 428 31 13 25  
Fax: 428 31 24 35  
Email: info@spd-fraktion-hamburg.de

### TERMINE

- 26. bis 28. Oktober 2007**, Bundesparteitag der SPD in Hamburg, CCH  
**7./8. November 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal  
**11. November 2007, 11.00 Uhr**, Bettlermarsch, Spielbudenplatz  
**13. November 2007, 19.30 Uhr**, Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative gegen Fluglärm mit Monika Schaal im Stavenhagenhaus, Frustbergstr. 4  
**15. November 2007, 17.00 Uhr**, Fraktion im Dialog: Verhinderung von Obdachlosigkeit, Rathaus, Bürgersaal  
**15. November 2007, 19.00 Uhr**, Kunst in der Fraktion: Ausstellungseröffnung „Malerei und Grafik“ mit Hubert Piske  
**21. November 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal